

die Rolle der Bol'seviki, das als ungenau und unverbindlich apostrophierte Wilson-Programm oder auch die bis zur Mitte des Jahres 1918 immer wieder geäußerten Absichten der westlichen Regierungen, die Integrität Österreich-Ungarns unangetastet zu lassen, um deutschen Expansionsbestrebungen einen Riegel vorzuschieben.

Der rasche Zerfall der drei Kaiserreiche veränderte jedoch das bestehende Kräfteverhältnis in Ostmitteleuropa und ließ nun aus demokratisch-nationalen Revolutionen neue Staatsgebilde entstehen, an deren Zustandekommen praktisch alle Schichten des jeweiligen Volkes beteiligt waren – über alle Klassengegensätze hinweg, wie Ch. immer wieder hervorhebt. Er wertet diese Ereignisse dazu als eine wichtige Etappe in der Geschichte Mitteleuropas, weil damit in vielen Fällen der Nationsbildungsprozeß zum Abschluß gekommen war bzw., wie im Falle von Ukrainern und Weißrussen, die letzte Phase des nationalen Emanzipationsprozesses eingesetzt hatte.

Auf den letzten Seiten seiner Darstellung setzt sich der Vf. mit den Territorialfragen auseinander und weist auf die Untauglichkeit der damals durchgeführten Plebiszite als Mittel der nationalen Selbstbestimmung hin. Typisch war dabei, daß nationalistische Stimmungen die Oberhand über existierende soziale und politische Spannungen gewannen. Gleichzeitig war jedoch auch zu beobachten, daß religiöse und regionale Identitäten das Abstimmungsverhalten bestimmten, was durch entsprechende Statistiken untermauert wird.

Resümierend läßt sich feststellen, daß das vorliegende Werk zwar keine gänzlich neuen Einsichten und Erkenntnisse bietet, aber eindrucksvoll und vor dem Hintergrund der politischen Strömungen jener Zeit die programmatische Entfaltung der nationalen Bewegungen Ostmitteleuropas darstellt. Diese werden in allen ihren Besonderheiten, im Lichte der sie formierenden Realien sowie in einer großartigen Gesamtschau präsentiert. Allerdings hätte die Beigabe einiger Kartenskizzen den dichten Text an der einen oder anderen Stelle etwas auflockern können.

Mainz

Rudolf A. Mark

Joseph Rothschild: Return to diversity. A political history of East Central Europe since World War II. Oxford University Press. Oxford, New York 1989. X, 257 S., 2 Kartenskizzen i. T.

Wer eine knappe, korrekt unterrichtende, nichts Wesentliches auslassende und überzeugend wertende Darstellung der Geschichte des östlichen und südöstlichen Mitteleuropas zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Vorabend der großen Veränderungen in dieser Region – 1987/88 – sucht, dem sei dieser Band nachdrücklich empfohlen. Er ist als Fortsetzung von „East Central Europe between the two world wars“, Seattle (Wash.) 1974, desselben, aus Fulda stammenden und nun schon seit längerem an der Columbia University, New York, lehrenden Autors konzipiert. Das erklärt, weshalb die DDR, die es eben früher in keiner Weise gegeben hat, ebenso unberücksichtigt bleibt wie die Gruppe der baltischen Staaten, die als selbständige politische Einheiten bloß ephemere Erscheinungen gewesen seien.

In den Mittelpunkt von Bericht und Analyse stellt der Vf. die hier nach dem Ersten Weltkrieg neu eingerichtete und mit dem nationalen Prinzip gerechtfertigte Mehrstaatlichkeit. Das gibt ihm einmal die Möglichkeit, die Unterschiede angemessen zu beschreiben und zu erklären, die es in diesen nach dem Zusammenbruch der deutschen „Neuordnung“ im allgemeinen wiederhergestellten Ländern beim Durchsetzen und Sichern der kommunistischen, auf die sowjetische Hegemonialmacht hin ausgerichteten Herrschaft gegeben hat. Zum anderen fällt es ihm leicht zu erläutern, weshalb selbst in der Hoch-Zeit des Stalinismus der monolithische Charakter dieses Teils unserer politischen Welt stets eher nur Anspruch als Realität gewesen ist, und schließlich

setzt ihn dieses Beachten der national grundierten staatlichen Pluralität dieser Zone in die Lage, die schon vor einiger Zeit manifest gewordenen Verselbständigungstendenzen im Sinn des Buchtitels zutreffend darzustellen.

Weil der Autor aber – 1987/88! – nichts zu erkennen vermag, was auf einen Verzicht Moskaus auf die Vormachtstellung in diesem Zwischeneuropa hindeuten könnte, diese jedoch nur beim Fortdauern der volksdemokratischen Ordnung gesichert sei, erwartet er in diesem Satellitengürtel für die Zukunft die Etablierung von im einzelstaatlich-nationalen Sinn reformierten, aber eben auch weiterhin kommunistisch bestimmten Regimen.

Einen von dieser allgemeinen Beschreibung abweichenden Sonderfall bildet Jugoslawien, dessen Geschichte besonders ausführlich abgehandelt wird. Nicht nur ist hier, am Beginn der Nachkriegszeit, anders als in den anderen künftigen Volksrepubliken, nicht die Eroberung durch die sowjetische Armee die Voraussetzung für den Sieg des Kommunismus gewesen. Auch stellten jetzt nach dem Tod Titos die nur noch schwer unter Kontrolle zu haltenden ethnischen Gegensätze innerhalb des Gesamtstaates dessen Fortbestand ernsthaft in Frage.

Abschließend sei die in allen einzelnen Etappen zutreffende Erörterung der wirtschaftlichen Situation und von deren Zusammenhang mit dem politischen Zustand erwähnt. Auch daß der hier noch in der Zwischenkriegszeit dominierend gewesene agrarische Charakter, der überall auch die Innenpolitik als Ganzes – ideologisch wie parteipolitisch – beeinflußt hat, nunmehr irreversibel zerstört ist, ist richtig beobachtet.

Köln

Peter Burian

Unfertige Nachbarschaften. Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Othmar Nikola Haberl und Hans Hecker. Verlag Reimar Hobbing. Essen 1989. VII, 295 S.

Im Wintersemester 1987/88 beschäftigten sich im Rahmen einer an der Gesamthochschule Essen veranstalteten Vortragsreihe Universitätslehrer (FU Berlin, Düsseldorf, Essen, Marburg) sowie Mitarbeiter des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln), des Südost-Instituts (München) und des Collegium Carolinum (München) mit dem aktuellen Stand der Beziehungen zwischen der damaligen Bundesrepublik und der UdSSR, Jugoslawien und den im östlichen und südöstlichen Mitteleuropa unter sowjetischer Hegemonie stehenden Staaten. Der hier anzuzeigende Band enthält den mit den nötigen Belegen und mit Hinweisen auf weiterführende Literatur angemessen ergänzten Text dieser Vorträge sowie das Ergebnisprotokoll des die Reihe abschließenden mehrtägigen Symposiums¹.

Zwar stand die Erörterung der Situation zur Mitte der zweiten Hälfte der achtziger Jahre im Mittelpunkt der Berichte, doch hat niemand es unterlassen, auch die Entwicklung jeweils hin zu diesem Status zu berücksichtigen, in der Regel seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – mit Verweisen auf frühere Epochen –, vor allem aber seit dem Beginn der neuen deutschen Ostpolitik um 1970. Besonders ausführlich ist man auf die seit damals zustande gebrachten und 1987 noch in Geltung stehenden vertraglichen Regelungen eingegangen. Gleiches gilt auch für die noch offenen oder, zumindest interimistisch, geklärten Fragen im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen aus Polen und aus den polnisch gewordenen Ostgebieten des Reiches sowie der Deutschen aus der wiederhergestellten ČSR (letzteres natürlich eng verknüpft mit der Problematik des Münchner Abkommens). Auch Charakter und Ausmaß der wirtschaftlichen Beziehungen wurden eingehend abgehandelt. Der Veranschaulichung dieser Abschnitte dient der materialreiche Tabellenanhang (S. 267-280). Der einzige schon mit dem Zweiten Weltkrieg endende Beitrag (Hecker) beeindruckt durch einleuchten-